Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 6 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 309. Sonnabend den 5. November 1881. 75. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 6. November, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Am 21. laufenden Monats hat

Herr **Ferdinand Robert Deckelmann**

die Function eines verpflichteten Fleischbeschauers für hiesigen Ort niedergelegt und dieses Gewerbe wieder abgemeldet.

Leipzig, am 29. October 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

An den hiesigen Volksschulen sind nächste Ostern 24 **provisorische Lehrerstellen** zu besetzen, mit denen bei 26 wöchentlichen Unterrichtsstunden ein jährlicher Gehalt von 1500 Mark verbunden ist. Bewerber, welche die Wahlfähigkeitsprüfung bestanden haben oder bis Ende dieses Jahres zu bestehen gedenken, wollen Gesuche und Zeugnisse bis 26. November d. J. bei uns einreichen.

Leipzig, am 2. November 1881.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Panitz. Lehnert.

Bekanntmachung.

Nach den Messungen des Herrn Geh. Rath Prof. Dr. Kolbe betrug die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases im Monat October das 14½fache von der der Normalwachskerze.

Leipzig, den 3. November 1881.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 5. November.

Es mag uns heute gestattet sein, einen Rückblick auf die Bestrebungen zu werfen, welche Gambetta in letzter Zeit gemacht hat, um sein Ministerium gewissermaßen zu einer politischen Nothwendigkeit für Frankreich zu machen. Gambetta hat in der neu gewählten Deputirtenkammer zunächst eine Heerschau über seine Anhänger gehalten, um sich von einer großen Mehrheit das provisorische Präsidium übertragen zu lassen.

Mit 317 von 364 Stimmen ging sein Name durch. Daraus läßt sich allerdings schließen, daß Gambetta in der Kammer über eine Majorität von 100 bis 150 Stimmen zu verfügen haben würde, eine Zahl, mit welcher eine Regierung ganz zufrieden sein kann. Es kommt also nur noch darauf an, daß der Präsident der Republik, Grevy, Herrn Gambetta den Auftrag giebt, ein Ministerium zu bilden und der Herr Dictator wird endlich auch der Form nach die Macht haben, die er freilich schon so lange hinter den Coulissen ausgeübt hat. Zugleich wird er endlich auch die Verantwortlichkeit für das, was auf seinen Willen geschieht, auf seinen Namen nehmen müssen. Im Allgemeinen wird dies zunächst den heilsamen Einfluß haben, daß dem so zu sagen provisorischen Zustande, der gegenwärtig in Frankreich herrscht, ein Ende gemacht wird.

Eine andere Frage ist diejenige, ob die so rasch gefundene Kammermehrheit im Verein mit den übrigen Verhältnissen Herrn Gambetta eine Bürgschaft für die Dauer seiner Regierung zu geben vermag. Man kann diese Frage nicht so leicht bejahen. Im Allgemeinen wird man voraussetzen, daß Gambetta's Talent und seine parlamentarische Gewandtheit die ihm entgegenstehenden Hindernisse beseitigen werden. Aber können die Verhältnisse nicht auch einem Gambetta über den Kopf wachsen? — Zunächst ist anzunehmen, daß unter den 317 Abgeordneten, die für Gambetta gestimmt haben, sich so Mancher befindet, der den ersten Redner Frankreichs gern auf dem Präsidentenstuhl der Kammer, deshalb aber noch nicht gern als Präsidenten des Ministeriums sieht. Sodann fragt man sich: was wird Gambetta thun, wenn er die Regierung erst factisch und formell hat? Nun, Gambetta selbst hat ja den nöthigen Aufschluß darüber gegeben; er hat sich geäußert, die Reformen müßten eine nach der anderen vorgenommen werden und derart aufeinander folgen, daß die öffentliche Meinung immer völlig mit einer Reform beschäftigt sei. Ganz gut; aber wird Herr Gambetta dies auch fertig bringen? Und hat nicht diese Taktik schon eine Art von definitivem Charakter? Wird Herr Gambetta mit der Curie brechen? Wird er den Senat abschaffen? Und wird seine Anhängerschaft nicht wechseln, je nachdem er sich zu diesen Fragen stellt?

Der Präsident Grevy ist dem mächtigen Einflusse Gambetta's gewichen und hat es freigegeben, ob Gambetta ein Portefeuille annehmen will oder nicht. Bekanntlich hat Gambetta selbst die Absicht, kein Portefeuille anzunehmen, sondern die Ministerberathungen als Ministerpräsident zu leiten, wodurch dem Präsidenten der Republik, der früher den Ministerberathungen zu präsidiren pflegte, ein nicht unbedeutendes Stück seiner Macht unter den Füßen weggezogen würde. Da jeder Minister für sein Amt verantwortlich ist, so würde Gambetta als Ministerpräsident ohne Portefeuille eine Art unverantwortlicher Regierung ausüben, denn man könnte alle Anklagen auf die Ressortminister allein fallen lassen.

Daß Präsident Grevy nur ungern auf eine solche Form der Regierung eingegangen sein kann, liegt auf der Hand. Aber wenn Gambetta solchergestalt eine Art unverantwortlicher Dictatur ausüben wird, werden sich da nicht die Parteien gegen ihn erheben und auf seinen Sturz hinarbeiten? Auf alle Fälle kann man sagen, daß die französischen Parteiverhältnisse nicht derart sind, als daß man schon in der Majorität bei der Präsidentenwahl eine Garantie für die Dauer einer Regierung Gambetta erblicken könnte. Da wird sich Herr Gambetta erst noch bessere Garantien verschaffen und auch zeigen müssen, daß er ein wirklicher Staatsmann ist.

Der Gedanke, bei den Stichwahlen Verabredungen von Partei zu Partei zu treffen, so daß die Stimmen in den einzelnen Wahlkreisen gewissermaßen ausgetauscht werden, wird in der „Germania" weiter ausgeführt und als eine völlig gerechte und ehrenhafte Sache behandelt. Es ist zu befürchten, daß diese Einladung von verschiedenen Seiten angenommen wird und daß wir die Früchte dieser geheimen Abmachungen bald in einigen überraschenden Ergebnissen vor uns sehen werden. Auf conservativer sowohl als auf fortschrittlicher Seite hat man die Neigung, auf solche Handelsgeschäfte einzugehen, bereits deutlich genug kundgegeben. Praktisch mag die Sache sein und vom Standpuncte Dessen, bei welcher die ganze Politik in dem Gesichtspuncte aufgeht, ob seine Fraction ein paar Stimmen mehr oder weniger zählt, wohl zu empfehlen. Politisch ehrenhaft und moralisch können wir aber ein solches Schachergeschäft nicht finden. Wie meinen, es sollte jede unterlegene Partei in jedem Stichwahlkreis nur prüfen, welche von den beiden ringenden Parteien ihr selbst am nächsten steht oder, welche sie als ein geringeres Uebel zu betrachten Ursache hat, ohne Rücksicht auf etwaige Gegenleistungen in anderen Wahlkreisen. Wenn in dem einen Wahlkreis die Parteigenossen aufgeboten werden, für einen Conservativen, in dem andern, für einen Fortschrittsmann, in dem dritten, für einen Ultramontanen oder einen Socialdemokraten zu stimmen, so muß Dies nothwendig die ohnehin schon bedauerlich große Begriffsverwirrung und Unklarheit noch vergrößern, an Stelle politischer Ueberzeugung noch mehr das engste Parteiinteresse setzen. Die Stichwahlen sind ohnehin eine zweifelhafte Einrichtung; hätten wir sie nicht, so würde vielleicht die Parteierklüftung nicht so große Fortschritte gemacht haben. In diesem Wahlgange wird aber ihre Massenhaftigkeit dazu beitragen, die politische Moral noch mehr zu vergiften. Wir befinden uns vielleicht mit unsern Anschauungen über Das, was im Parteikampf erlaubt ist, nicht auf der Höhe der heutigen Lage. Wenn es so fortgeht, wird man sich ganz neue Begriffe über Sitte und Loyalität in einem Wahlkampf bilden müssen; wir sind ja in dieser Beziehung im Vergleich zu andern Ländern noch reine Kinder. Wir meinen aber, tüchtige Fortschritte haben wir in letzter Zeit schon gemacht und vielleicht erreichen wir doch noch amerikanische Zustände.

Die ultramontane Parteileitung befindet sich in komischer Verlegenheit in Betreff der Anweisung, welche sie ihren Gesinnungsgenossen im Wahlkreis Kardorff's hinsichtlich der Stichwahl geben soll. Die „Germania" habe allerdings eine allgemeine Parole für die Stichwahlen ausgegeben, welche kurz dahin zusammenzufassen ist: Unterstützung der liberalen Candidaten gegen die Conservativen, wenn die ersteren für die Beendigung des Culturkampfes gewisse Garantien geben; Unterstützung der conservativen Candidaten gegen die Liberalen, wenn die letzteren Gegner der neuen Wirthschafts- und Socialreform sind. Nun treffen aber beide Bedingungen auf Herrn von Kardorff so schlagend zu, daß ein Entschluß wirklich schwer sein mag. Er gilt dem Centrum als „Culturkampfer" strengster Richtung und müßte deshalb bekämpft werden, da sein secessionistischer Gegencandidat den gleichen Vorwurf seitens der Ultramontanen nicht auf sich geladen. Er ist auf der anderen Seite eine der Hauptstützen der neuen Wirthschaftspolitik und verdiente aus diesem Grunde, gewählt zu werden. Wie sich die Centrumsführer aus diesem Wirrniß herauswinden werden, wird mit Spannung erwartet. Nicht unmöglich, daß sie über Herrn v. Kardorff den Stab brechen, indem sie sich sagen, daß zwar genug Schutzzöllner, nicht aber genug Freunde des Culturfriedens im Reichstage sitzen, und daß es darauf ankomme, vornehmlich die Reihen der Letzteren zu verstärken.

Ein zweideutigeres Verhalten, als das vieler conservativen Zeitungen und Agitationsredner zu der Frage, wie die Conservativen in Stichwahlen stimmen sollen, in denen ein Socialdemokrat und ein Liberaler einander gegenüberstehen, war seit langer Zeit in unserem, an Zweideutigkeit neuerdings doch wahrlich nicht armen öffentlichen Leben nicht zu beobachten. Von der indirecten Aufforderung, in Frankfurt a. M. den Ausschlag zu Gunsten des „verirrten" Socialdemokraten zu geben, bis zu der Stöcker'schen Copie der Rede des Antonius an der Leiche Cäsar's fehlt keine Form mittelbarer Parteinahme für die Socialdemokraten gegen die Liberalen; am beliebtesten ist der Abdruck eines Artikels der „Schles. Ztg.", in welchem alle Gründe zusammengefaßt werden, welche vom „conservativen" Standpunct aus dafür geltend zu machen sind, den Socialdemokraten in den Stichwahlen zum Siege gegen die Liberalen zu verhelfen. Kein Wort der Mißbilligung oder der Abmahnung wird hinzugefügt — aber ein Sturm heuchlerischer Entrüstung bricht los, sobald liberalerseits der auch für den einfachsten Verstand klar zu Tage liegende Zweck dieses Treibens constatirt wird; man will nicht gesagt haben, was man thatsächlich doch gesagt hat. Eine rühmliche Ausnahme machen die sächsischen Conservativen, welche bei den Stichwahlen mit den Ordnungsparteien gegen den socialdemokratischen Candidaten stimmen werden.

Durch viele Zeitungen geht abermals eine neue Darstellung der Ende 1877 und Anfang 1878 stattgehabten Verhandlungen über den Eintritt liberaler Politiker in die preußische Regierung. Nach den Erörterungen, welche erst vor Kurzem hierüber in der Presse stattgefunden haben, den Neuem des Näheren darauf zurückzukommen, scheint nicht nothwendig. Aber ein Punct bedarf unbedingt der Richtigstellung. Es wird erzählt, daß damals u. A. die Ersetzung des Herrn Dr. Falk durch Herrn Miquel als Cultusminister in Aussicht genommen worden. Dies setzt die an jenen Verhandlungen betheiligten Liberalen dem Verdachte aus, daß sie damals mit Dr. Falk's Austritt aus der Regierung gerechnet hätten. Die „Nat.-Z." kann versichern, daß Dies in keiner Weise der Fall war.

Auch für die evangelische Landeskirche Preußens eröffnen sich recht angenehme Aussichten, wenn dieselbe erst ganz und gar unter der Herrschaft von Kleist-Retzow und Genossen stehen wird. Am unverfrorensten treten diese unduldsamen Orthodoxen auf der pommerschen Synode auf, in der Reichshauptstadt üben sie noch eine gewisse Zurückhaltung. In Stettin hat man jetzt ganz dreist Bischöfe und sogar Einrichtungen, wie die Jesuitenmissionen, für die evangelische Kirche verlangt. Herr von Kleist-Retzow hat diese Missionen als Oberpräsident der Rheinprovinz in den funfziger Jahren kennen gelernt, und sie scheinen ihm ebenso imponirt zu haben wie dem gleichfalls protestantischen, seit einigen Jahren verstorbenen Wolfgang Menzel. Allerdings läßt sich nicht leugnen, daß diese Missionen damals in ganz Südwestdeutschland ein vortreffliches Mittel waren, um das Volk unter das Joch einer erbarmungslosen Reaction zu beugen, und eben wegen dieser politischen Verdienste scheint sie Herr von Kleist so hoch zu schätzen.

Man schreibt uns aus Berlin vom 3. November: „Aus sonst unterrichteter Stelle wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Frage des Hamburger Zollanschlusses zu erneuten Reibungen mit dem Reichstag insofern Veranlassung geben könnte, als Fürst Bismarck nach wie vor das einseitige Recht des Bundesraths, über den Anschluß zu bestimmen, vertrete. Selbst die Reise des Staatssecretairs v. Bötticher nach Varzin wird mit dieser Angelegenheit in Verbindung gebracht, und es wird hinzugefügt, daß der Kanzler sich zu nichts Weiterem verstehen werde als zur Vorlegung des Kostenanschlages, für welchen die verfassungsmäßige Zustimmung der Volksvertretung allerdings unerläßlich ist. Diese Mittheilung ist geeignet, nicht nur in allen liberalen Kreisen das peinlichste Befremden zu erregen, sondern auch überall dort, wo die Achtung vor dem Reichstag, selbst in Fragen der bloßen Form, als nationale Pflicht jedes Staatsmannes angesehen wird. Die unglückselige Hamburger Frage scheint aber von Beginn bis zu Ende gar nicht anders als unter den beklagenswerthesten Mißgriffen gelöst werden zu können. Das formelle Recht der Reichsregierung, den Zollanschluß einseitig und ohne Mitwirkung des Parlaments auszusprechen, ist unbestreitbar, da die Verfassung zum Zwecke der Aufhebung der Freihafenstellung nichts Anderes verlangt, als einen entsprechenden Antrag des Hamburgischen Senats beim Bundesrath, dieser Antrag aber ordnungsmäßig bereits gestellt ist. Indessen braucht nicht gesagt zu werden, wie theoretisch haltlos jenes Recht des Bundesraths ist, insofern der Zollanschluß praktisch erst durch die erforderliche Kostenbewilligung, also doch wiederum nur durch die Mitwirkung des Reichstags, vollzogen werden kann. Was in aller Welt kann also den Fürsten Bismarck bestimmen, den Reichstag in der Weise demüthigen zu wollen, wie es jetzt, leider nicht ohne Grund, befürchtet wird? Es wäre nicht nur ein Act der Höflichkeit, sondern auch eine Maßregel politischer Klugheit gewesen, wenn die Regierung, nachdem die Hauptfrage entschieden, sich in Nebendingen entgegenkommend erwiesen und nicht blos die bezügliche Creditforderung, sondern auch den Vertrag selber zur Genehmigung vorgelegt hätte. Nach dem jetzt angekündigten Vorgehen erscheint es gar nicht unmöglich, daß ein endlicher befriedigender Abschluß der ganzen Frage wiederum hinausgeschoben wird. Denn diejenigen Parteien, die bei legalem Entgegenkommen des Kanzlers von ihrer früheren Opposition zurückgetreten wären, dürften sich jetzt doch wohl besinnen, ob sie 30 bis 40 Millionen für Zwecke bewilligen sollen, bei denen man es nicht für gut befunden, sie zu befragen."

In St. Petersburg fand in der Sonnabend-Sitzung der Militair-Commission eine stürmische Scene statt. Man debattirte über die Organisation der Armeeintheilung. Zum ersten Male sprach Skobeleff in längerer Rede. Ihm opponirten heftigst die Generale Todtleben und Swajatopelk-Minski; Ersterer ließ die Bemerkung fallen, daß jetzt die jüngsten Kräfte das Heft in Händen zu haben schienen und die älteren, bewährten überhört würden. Darauf antwortete Skobeleff in erregtester Weise, der Kaiser habe ihn in die Stellung berufen, die er voll vertreten werde. Erst der Großfürst Michael schlichtete den Streit. Bis jetzt herrschen in der Commission große Meinungsverschiedenheiten.

Die französische Deputirtenkammer hat nunmehr endgiltig Brisson mit 347 Stimmen zum wirklichen Präsidenten für die Dauer der Session gewählt, für La Rochefoucauld wurden 33 und für Jolibois wurden 16 Stimmen abgegeben. Wie aus Deputirtenkreisen verlautet, würde die Debatte über Tunis nicht vor künftigem Montag stattfinden, nach dem Schluß der Debatte würde das jetzige Ministerium seine Entlassung geben und alsbald die Bildung des Cabinets Gambetta erfolgen. Der Londoner Botschafter Challemel-Lacour soll den Posten des Ministers des Innern im Cabinete Gambetta angenommen haben. — Aus Goletta wird gemeldet, daß das Panzergeschwader, mit Ausnahme der in Goletta zurückgebliebenen „Reine Blanche", den Heimweg nach Toulon angetreten hat.

Das jüngst vom „Standard" verbreitete und von uns erwähnte Gerücht von dem angeblich nahe bevorstehenden Rücktritt Gladstone's wurde vom Staatssecretair des Innern, Vernon-Harcourt, in einer Rede, welche derselbe in Carlisle hielt, ins Lächerliche gezogen.

Vor einigen Wochen hieß es, daß die deutsche Regierung den sogen. Bancroft-Vertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika betreffs der naturalisirten Bürger deutscher Abkunft abgeändert zu haben wünsche und daß der soeben nach Washington zurückgekehrte deutsche Gesandte, Baron Schlözer, die Vorschläge dazu bereits in der Tasche habe. Der „N.-Y. Handelsztg." zufolge ist jedoch darüber bisher nur so viel bekannt geworden, daß es sich um eine Ausdehnung des mit dem ehemaligen Norddeutschen Bund geschlossenen Vertrags auf das Gebiet des Deutschen Reiches handelt und daß einzelne Paragraphen, die diesseits des Oceans anders ausgelegt wurden, wie jenseits, klarer gefaßt werden sollen, damit auf die in letzter Zeit sehr häufig gewordenen Reclamationen von deutsch-amerikanischen Bürgern, die besuchsweise nach dem alten Vaterlande zurückkehrten, schnell und sicher entschieden werden könne.

Die Rabatt-Sparanstalt im Kaufmännischen Verein.

* Leipzig, 4. November. Die gestrige Wochen-Versammlung des Kaufmännischen Vereins war außerordentlich zahlreich besucht und nahm einen sehr lebendigen Verlauf. Die Verhandlungen endeten erst gegen Mitternacht, ohne daß es gelang, die Fragen, um welche sie sich drehten, zum Abschluß zu bringen. Auf der Tagesordnung stand das in Berlin neu gegründete Rabatt-Spar-Institut, über welches schon mehrfach in diesem Blatte berichtet worden ist.

Die Debatte wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Herrn Dr. Löwenthal aus Berlin, eines der Begründer und Verwaltungsrathsmitglieder des gedachten Instituts. Der Redner betonte, das System der Rabatt-Sparanstalt beruhe auf Zweierlei, auf der Möglichkeit einer Rabattirung und der Thatsache der Aufsparung des Rabatts. Die Anstalt solle in erster Linie dazu dienen, dem in Deutschland so sehr eingerissenen Schleudrian des Aufborgens entgegen zu treten. In der Natur des Handels liege ein gesunder Credit begründet, dieser gesunde Credit habe aber die Voraussetzung einer fest bestimmten Dauer und bringe nur eine geringe Vertheuerung der Waare hervor. Diesem gesunden Credit stehe gegenüber der volkswirthschaftlich ganz unrichtige, grenzenlose Sachborg, und darüber seien alle Nationalökonomen einig, daß dieser letztere Credit eine ungemessene Vertheurung der Waaren herbeiführe. Es liege auf der Hand, daß, wenn der Kaufmann bei Baarzahlung sein Capital 12mal im Jahre umsetzen könne, er die Waaren billiger zu verkaufen im Stande sei, als wenn er bei dem Borgsystem das Capital nur 2- oder 3mal umsetze. Das Borgsystem habe aber auch schwere moralische Uebel im Gefolge, es gebe dem ganzen Handels- und Gewerbetreibenden-Stand ein unsolides Fundament, verleite die Borgenden zu Ausgaben, die bei einem richtigen, auf Baarzahlung beruhenden Budget nicht gemacht werden würden, und in letzter Linie müsse allemal der Consument die Vertheurung der Waaren tragen.

Allerdings liege es den Begründern der Rabatt-Sparanstalt fern, etwa anzunehmen, daß das Borgsystem ganz verschwinden werde, sondern sie gingen nur darauf aus, die Zahl der Borgenden zu vermindern. Ein Zwang lasse sich in dieser Beziehung nicht ausüben, sondern man müsse die Menschen bei ihrem Egoismus packen, ihnen klar machen, welche Vortheile ihnen aus der neuen Anstalt erwachsen, indem man ihnen zeige, um wie viel billiger die Waaren bei der Baarzahlung werden. Dies werde erreicht, indem die Kaufenden bei jedem Einkauf kleine Scheine empfangen, auf denen der erzielte Rabatt vermerkt ist. Diese Scheine sind gleich baarem Geld und der erzielte Rabatt trage, indem er an einer Centralstelle aufgespart werde, Zins auf Zins. Der Käufer habe somit stets eine sichere Quittung darüber in Händen, wieviel er durch Baarzahlung verdient habe.

Herr Otto Meißner wendete sich in längerer Ausführung gegen die Rabatt-Spar-Anstalt. Wer praktischer Kaufmann sei, müsse das System derselben verurtheilen. Die Rabatt-Spar-Anstalt führe eine 5proc. Vertheurung der zu verkaufenden Waaren herbei und die Handeltreibenden würden, wenn sie der Anstalt beitreten wollten, gezwungen sein, ihre Waaren stets 5 Proc. theurer zu verkaufen. Nur ein verschwindend kleiner Theil der Kaufleute werde im Stande sein, seine Verkaufsartikel im Preise um 5 Proc. herabzusetzen. Auf der anderen Seite seien die Vortheile des neuen Instituts für das kaufende Publicum noch keineswegs erwiesen. Im Kleinhandel liege die Sache so, daß kleinere Beträge nur wenig creditirt werden und daß Credit nur bei größeren Beträgen stattfindet. Redner glaubt, der solidere Theil der Handeltreibenden müsse wünschen, daß, wenn er 5 Proc. von seinem erzielten Gewinn abgeben solle, dann lieber recht viel geborgt werde, denn hieraus entspringe ihm allemal noch ein größerer Nutzen. Der richtig rechnende Kaufmann werde sich übrigens fragen, warum er die 5 Proc. Rabatt nicht direct den bei ihm kaufenden Baarzahlern zukommen lassen solle. Jeder der Rabatt-Spar-Anstalt Beitretende müsse nach dem Statut 100 ℳ Eintrittsgeld bezahlen, die er nie wieder heraus bekomme. Was werde übrigens, wenn die Gesellschaft in Insolvenz gerathe? Dieser Fall sei doch nicht ausgeschlossen und warum habe man nicht lieber, da doch nicht nur Wenige, sondern die Allgemeinheit beglückt werden solle, eine Gegenseitigkeits-Anstalt begründet? Redner kommt hiernach noch, nach seinem Dafürhalten müsse schon der Staat gegen die gegründete Gesellschaft einschreiten.

Herr Zehler findet darin, daß die Gesellschaft einmal das Eintrittsgeld gestundet und sodann auch für gewisse Fälle den Borg gestattet, den Beweis, daß sie selbst gegen das von ihr vorgeschlagene System verstoße.

Herr Dr. Löwenthal bemerkt gegen die beiden Vorredner, die Eintrittsgelder seien bei dem geringen Nutzen, mit dem die Gesellschaft arbeite, mit dazu bestimmt, die unvermeidlichen Organisationsspesen zu decken; um den kleineren Gewerbetreibenden den Eintritt in die Gesellschaft zu erleichtern, habe man im Statut bestimmt, daß das Eintrittsgeld ratenweise bezahlt werden könne. Darin liege keine Consequenzlosigkeit, die Gesellschaft könne nicht sprungweise vorgehen und den Borg nicht mit einem Male abschaffen. Die Rabatt-Spar-Anstalt habe sich zur Aufgabe gestellt, die Leute zum Verständniß des Vortheiles der Baarzahlung zu erziehen; dieser Vortheil liege einmal in der Sicherheit des gemachten Geschäfts und sodann in der sich ergebenden Möglichkeit, den Umfang der Geschäfte sicher vorausberechnen zu können. In Delitzsch hätten ihm zwei Kaufleute versichert, daß sie mit dem neuen System in drei Tagen bereits eine Erhöhung des Baarumsatzes um 40 und 60 Proc. erzielt hätten. Redner sucht hiernach noch herauszurechnen, daß die Waaren bei dem jetzigen Borgsystem durchschnittlich um 18 Procent vertheuert werden, während bei der Baarzahlung eine Vertheuerung um höchstens 5 Procent stattfinde.

Herr Geyer versichert, die Zahl der Geschäfte, welche 5 Proc. bewilligen könnten, werde eine verschwindend kleine sein. In der Regel werden jetzt bei Baarzahlung nur 2 Proc. bewilligt. Die Kunden müßten förmlich verblüfft sein, wenn ihnen auf einmal 5 Proc. gewährt werden sollten, und sie würden sagen, der Mann hat uns bisher bedeutend übervortheilt oder er verkauft von nun an für Preise, bei denen er nicht bestehen kann. Daß der Umsatz sich bei der Baarzahlung gleich in bedeutendem Maße erhöhen werde, halte er für eine gewagte Behauptung. Die Consumenten könnten doch nicht aus der Erde gestampft werden!

Herr Gerst erklärt auf Grund seiner langjährigen kaufmännischen Praxis, daß, wenn er 5 Procent von seinem erzielten Gewinn abgeben solle, er bankerott werden müsse. Im Detailhandel bestehe das Borgsystem bei Weitem nicht in der Ausdehnung, wie es behauptet worden. Der Kaufmann, der seinen Verdienst der Rabatt-Sparanstalt überweise, sei heut zu Tage unmöglich. Herr Dr. Löwenthal stehe natürlich auf einem andern Standpuncte, er sei einer der Gründer der Anstalt und besitze 100 Actien.

Herr Stadtrath Nagel führt aus, durch die 5 Proc. Abzug würden unter allen Umständen um diesen Betrag die Waaren vertheuert werden und zwar zu Ungunsten der Baarzahler, also Derjenigen, denen geholfen werden solle. Wer könne den Beweis dafür erbringen, daß der Umsatz sich um so und so viel heben werde? Es gebe für die Vermehrung des Umsatzes eine ganz natürliche Grenze und diese trete ein, sobald das Rabatt-Spar-Institut sich verallgemeinere. Das Institut biete den Geschäftstreibenden so wenige Vortheile und diese seien wieder an so schwere Bedingungen geknüpft, daß der Beitritt zu dem Institut sich durchaus nicht empfehle.

Die Herren Hirschfeld, Reinhold und Krüger schließen sich den Gegnern der Rabatt-Spar-Anstalt unbedingt an. Herr Dr. Löwenthal ergreift zum dritten Male das Wort und erwidert zunächst in sehr bestimmter Weise auf den ihm gemachten Vorwurf, daß er um persönlicher Vortheile willen ein Vertreter seiner Sache sei. Es sei eine grobe Unwahrheit, wenn behauptet werde, er besitze 100 Actien der Gesellschaft; die Wahrheit sei, daß er 10 Actien, wie im Statut vorgeschrieben, im Nominalwerth von 1000 ℳ besitze. Ausgegeben seien im Ganzen 400 Actien, mit denen die 34 Verwaltungsrathsmitglieder und Begründer der Gesellschaft im allerhöchsten Falle 4000 ℳ Gewinn erzielen könnten. Erscheine dieser Thatsache gegenüber der Vorwurf der persönlichen Vortheile nicht geradezu lächerlich? Jedem unehrlichen Gewinn sei im Statut ein Riegel vorgeschoben. Wenn nur die ungeheuere Zahl der Bequemlichkeits- und Gelegenheitsborger, welche recht gut baar bezahlen könnten, beträchtlich eingeschränkt werde, dann habe die